



## Unsinn in den Medien – Vom allzu sorglosen Umgang mit Daten: Prozentangaben

KRONE, S. 16 am 25.2.07

Linzer Polizei muss Personal sparen – aber Wien ist anders

# 99 Prozent waren für die Katz': Schnüffler-Truppe verdoppelt!

Seit 20 Prozent der Linzer Polizisten eingespart wurden, sind 58 Prozent der Straftaten ungesühnt. Doch bei Wiener Schnüfflern, die mit verdoppeltem Personal nur Polizisten und Journalisten bespitzeln, blieben gar 99 Prozent aller Fälle ungeklärt: Im aufgeblähten „Büro für interne Angelegenheiten“ (BIA) führten gut tausend Verdächtigungen zu kaum zehn Verurteilungen!

Wie berichtet, müssen Polizisten wieder um Jobs zittern, seit die SPÖVP-Regierung jede zweite frei werdende Planstelle streichen will: Obwohl Oberösterreichs 3470 Ordnungshüter auf eine 48-prozentige Aufklärungsquote verweisen können, die 53 „BIA“-Schnüffler aber nur auf eine

einprozentige. 99 Prozent der gemeldeten Verdachtsfälle von Korruption, Brutalität und Amtsmissbrauch in den eigenen Reihen erwiesen sich als haltlose Intrigen und Denunziationen von Kollegen und Kriminellen, die Polizisten aus dem

ooe@kronenzeitung.at

Verkehr ziehen wollten. Auch Oberösterreichs vernaderter Sicherheitsdirektor Alois Lißl darf hoffen, dass die BIA-Aktion zu 99 Prozent ins Leere geht.

Die Verdoppelung des BIA-Personal führt ein Linzer Polizei-Jurist weniger auf die Wiener Suspendierungswelle zurück, als viel mehr auf eine Verunsicherung in allen Amts-Etagen: „Die BIA wird zunehmend von vorsichtigen Vorgesetzten eingeschaltet, die keine Verantwortung für Untersuchungen in Eigenregie übernehmen wollen.“

(KRONEN-ZEITUNG, 25.2.2007, S.16)

**Kommentar:** Hier werden drei Prozentangaben miteinander verglichen, von denen sich eine auf einen völlig anderen Sachverhalte beziehen als die beiden anderen: In Linz bleiben nach den beklagten Einsparungen „58 Prozent der Straftaten ungesühnt“ – es wird also in 42 Prozent der Fälle Anklage erhoben. In ganz Oberösterreich gibt es eine 48-prozentige Aufklärungsquote. In Wien jedoch können die Beamten des „aufgeblähten Büros für interne Angelegenheiten“ im Vergleich dazu eben nicht nur auf eine „einprozentige (Aufklärungsquote)“ verweisen. Dort erweisen sich nur lediglich ein Prozent der Verdachtsfälle nicht „als haltlose Intrigen und Denunziationen“.

So etwas nennt man wohl „politisches Kleingeld“ und gilt journalistisch als Kavaliersdelikt!

(Für den Kommentar verantwortlich: Andreas Quatember, IFAS)